IMAGO

Bundesfinanzminister Schäuble mit finnischer Amtskollegin Jutta Urpilainen: *Schlupflöcher in den nationalen Gesetzen*

UNTERNEHMEN

Steuerparadies Europa

Reiche Geschäftsleute verschieben Millionen ins Ausland, profitable Konzerne rechnen sich arm. Die EU will die Massenflucht vor dem Fiskus endlich wirksam bekämpfen. Doch die Widerstände der Mitgliedsländer sind groß.

BASF ist der größte Chemiekonzern der Welt und bisher für seine Farben, fortschrittlichen Kunststoffe und vielleicht noch seine Gasgeschäfte mit Russland bekannt. Manchmal kritisierten die bodenständigen Manager aus der Pfalz das gierige Bankgewerbe, aber ansonsten produzierten sie in aller Stille hohe Milliardengewinne – und das nicht nur aufgrund ihrer Innovationen.

Der Ludwigshafener Chemiekonzern hat eine große Steuerabteilung, deren Aufgabe auch darin besteht, Gelder zwischen den Kontinenten hin und her zu schieben. Mitten in Europa hat er dabei ein Steuerparadies für sich entdeckt.

Im belgischen Antwerpen besitzt der Konzern nicht nur ein großes Werk, sondern auch das BASF Belgium Coordination Center. Dort sind 160 Mitarbeiter unter anderem damit beschäftigt, ganz legal Steuern zu sparen. Der Steuersatz auf die hohen Millionengewinne lag 2011 nur bei 2,6 Prozent.

Und BASF ist längst nicht das einzige Unternehmen, das die günstigen Konditionen eines EU-Nachbarn ausnutzt, um seine Bilanz zu verschönern. Volkswagen, momentan das profitabelste Unternehmen der Republik, war noch geiziger. Die belgische Tochter Volkswagen Group Services zahlte, völlig legal, 2012 überhaupt keine Steuern auf einen Gewinn in Höhe von 153 Millionen Euro, im Vorjahr lag der steuerfreie Gewinn bei 141 Millionen.

Immer wieder gelingt es global operierenden Großkonzernen in Europa, die Schlupflöcher in den nationalen Steuergesetzen zu nutzen. Sie tricksen die EU-Finanzminister gegenseitig aus, indem sie Kapital und Gewinne auf Reisen schicken: nicht nur in ferne Steueroasen in der Karibik, sondern in die unmittelbare Nachbarschaft – nach Belgien, Irland oder in die Niederlande.

Viele EU-Regierungen wollen dem Steuerkarussell nicht länger tatenlos zusehen. Die Rezession hat Europa fest im Griff, die Staatsverschuldung engt den Spielraum vieler Regierungen ein, die Hilfspakete für Krisenländer belasten die Haushalte der Euro-Zone.

Nächste Woche hat EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy zu einem Gipfel nach Brüssel geladen, bei dem das Thema gerechter Steuern ganz oben auf der Tagesordnung steht. Bei vielen Regierungschefs hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass die Länder ihre Steuerpolitik stärker koordinieren müssen, wenn sie die Flucht vor dem Fiskus aufhalten wollen.

Noch nie war der Moment für ein Umsteuern so günstig. Prominente Steuerflüchtlinge haben europaweit Empörung ausgelöst, in Deutschland der Fall des FC-Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß und seiner Schweizer Millionen, in Frankreich der Schauspieler Gérard Depardieu, der sich Wohnsitze in Belgien und Mordwinien sowie die russische Staatsbürgerschaft besorgte, um dem französischen Fiskus zu entkommen (siehe Seite 48).

Trotzdem sind die nationalen Beharrungskräfte groß. Wie groß, zeigte sich am vergangenen Dienstag wieder, als die EU-Finanzminister tagten. Eigentlich wollten sie eine Reform der Richtlinie zur Zinsbesteuerung beschließen, doch Luxemburg und Österreich stellten sich quer. Deshalb bleibt es dabei, dass die Steuerflucht mit Hilfe von anonymen Stiftungen, Lebensversicherungen und anderen Kapitaleinkünften weiterhin möglich ist.

Immerhin machten die beiden Länder den Weg frei für EU-Verhandlungen mit der Schweiz, San Marino, Andorra, Liechtenstein und Monaco über ein Steuerabkommen. An ihrem Bankgeheimnis aber wollen sie vorerst nicht rütteln, dem automatischen Datenaustausch mit anderen EU-Ländern erteilten sie eine Absage.

„Sehr enttäuscht“ zeigte sich anschließend EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta. Seine Hoffnung ruht jetzt auf den Staats- und Regierungschefs. Doch selbst wenn es beim EU-Gipfel zu einem Durchbruch bei der Verfolgung persönlicher Steuersünder kommt, wird man bei der Unternehmensbesteuerung über hehre Beteuerungen nicht hinausgehen.

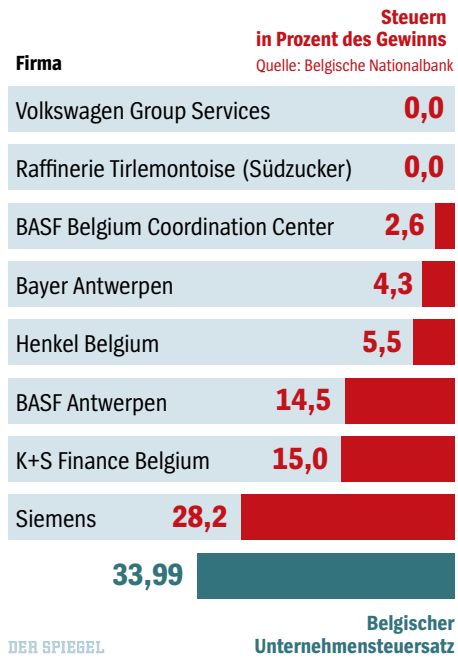
Dabei besteht dringender Handlungsbedarf. Jedes Jahr geht den EU-Staaten nach Schätzungen der EU-Kommission eine Billion Euro durch Steuerhinterziehung und -vermeidung verloren. Beim deutschen Fiskus allein fehlen 160 Milliarden Euro, meint der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans.

Der größere Teil des Geldes gehe durch Manipulationen internationaler Konzerne verloren, „die gezielt Schlupflöcher in der Gesetzgebung ausnutzen“.

Als sich Zypern an seinem überdimensionierten Bankensektor verschluckte, war die Empörung groß, der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble erklärte das „Geschäftsmodell“ der Insel für gescheitert. In Wahrheit gehört Steuerdumping für einige EU-Länder zum Kerngeschäft.

Unternehmen Steuervorteil

Steuerlast deutscher Firmen in Belgien, 2011



Seit Jahren tobt etwa ein harter Wettbewerb um die günstigste Unternehmensteuer. Der durchschnittliche Satz sank in der EU von 35,3 Prozent Mitte der neunziger Jahre auf heute 23,0 Prozent, wie aus dem gerade erschienenen gemeinsamen Bericht von Eurostat und EU-Kommission hervorgeht. Die attraktivsten Steuersätze gibt es in Bulgarien mit 10 sowie in Irland und Zypern mit 12,5 Prozent. Auch Lettland und Litauen bieten mit 15 Prozent Unternehmensteuer noch attraktive Anlagebedingungen.

Oft aber sagen die offiziellen Sätze wenig über das wahre Ausmaß der Tricksereien aus. In Malta müssen Firmen theoretisch 35 Prozent Steuern zahlen. Durch unzählige Rabatte lässt sich der Satz aber auf 5 Prozent absenken.

Belgien hat sich ein besonderes Instrument ausgedacht, um Konzerne anzulocken. Dort können Unternehmen etwas steuerlich geltend machen, was es eigentlich gar nicht gibt: Zinsen auf das Eigenkapital des Unternehmens.

Es besteht damit ein hoher Anreiz auch für deutsche Konzerne, völlig legal ganz viel Eigenkapital über die Grenze nach Belgien zu schaffen, weil das dort die Abgaben mindert. Später können die Gewinne dann steuerfrei nach Deutschland zurückgeschleust werden.

Die Unternehmen lassen sich nicht zweimal bitten. So verdoppelte der Leverkusener Pharmakonzern Bayer im Jahr 2011 das Eigenkapital seiner belgischen Tochter auf über acht Milliarden Euro. Der Lohn der Mühe: Auf den Vorsteuergewinn von 254,8 Millionen Euro mussten laut einer Statistik der Belgischen Nationalbank nur 10,8 Millionen Euro Steuern gezahlt werden.

Der Pharmariese konnte seine Steuerquote auf 4,25 Prozent senken (siehe Grafik). „Bayer nutzt wie einige andere Unternehmen das günstige makrowirtschaftliche Klima in Belgien, das durch den Abzug für Risikokapital geschaffen wurde“, heißt es dazu beim Konzern selbst.

Auch andere deutsche Flaggschiffe wie Henkel, Südzucker oder der Düngemittelhersteller K+S nutzen die Abzugsmöglichkeiten, um in Belgien ihre Gewinne möglichst steuerfrei zu kassieren. Champion unter den deutschen Steuersparern in Belgien ist die BASF.

Der Chemiekonzern nutzt gleich mehrere Möglichkeiten, die das belgische Steuerrecht bietet, virtuos aus. Sein Koordinationszentrum in Antwerpen wurde mit Eigenkapital in Höhe von über 14 Milliarden Euro ausgestattet, um internationale Konzernaktivitäten beispielsweise in den USA zu finanzieren. Ziel des Umwegs über Belgien: Beim Fiskus können hohe fiktive Zinsen geltend gemacht werden.

So konnte das Koordinationszentrum 2011 eine fette Dividende von 116 Millionen Euro an die Schwesterfirma BASF Antwerpen überweisen. Dort bleibt die Dividende nach belgischem Recht zu 95 Prozent steuerfrei. Komplett steuerfrei bleibt der Gewinn von 488 Millionen Euro, der der belgischen BASF-Gesellschaft durch den Verkauf einer Tochter zufließt.

Das Unternehmen bestätigt alle Zahlen, macht aber eine eigene Rechnung auf: „Eliminiert man die steuerfreie Dividende und den Veräußerungsgewinn, unterlag der verbleibende Gewinn für das

operative Geschäft der BASF Antwerpen im Jahr 2011 von 455 Millionen Euro einem Steuersatz von mehr als 30 Prozent.“ Im Klartext heißt das nur: Wenn man alle Abzugsmöglichkeiten rausrechnet, bliebe theoretisch ein ganz normaler Steuersatz übrig.

„Die Großkonzerne machen internationales Steuer-Hopping“, sagt der belgische Autor Marco van Hees, der mehrere Bücher zu dem Thema geschrieben hat.

Besonders populär aus Sicht deutscher Konzerne sind auch die Niederlande. Das funktioniert so: Die Firmenzentralen gründen eine holländische Briefkastenfirma. An die führt die Zentrale sogenannte Lizenzgebühren ab, die in Holland steuerfrei sind. Die Muttergesellschaft verringert dadurch ihren Gewinn im Ursprungsland und muss weniger Steuern zahlen.

Wie attraktiv die Niederlande für ausländisches Kapital sind, lässt sich an der Höhe der Direktinvestitionen ablesen. Ende 2012 verbuchte das Königreich nach OECD-Angaben einen Stand von 3,5 Billionen US-Dollar ausländischer Investitionen, nur 573 Milliarden flossen in die Realwirtschaft, der Rest in Briefkastenfirmen. Geschätzte 23 000 solcher Konstrukte gibt es in den Niederlanden.

Die BASF hat in den Niederlanden fünf Produktionsstätten mit mehr als 1000 Mitarbeitern und 21 Holdinggesellschaften, die oft ohne Personal auskommen. Letztere verwalten nach Auskunft der BASF internationale Beteiligungen. Auch Volkswagen ist in den Niederlanden nicht nur aktiv, um dort seine Autos zu verkaufen.

Versuche, die Unternehmensteuern gerecht und einheitlich zu gestalten, hat es im Euro-Raum viele gegeben. Bereits 1998 setzte die damalige österreichische Regierung die Frage auf die Tagesordnung der EU-Finanzminister. „Die Unterschiede in den Steuersystemen der Mitgliedsländer gewinnen für Investitionsentscheidungen eine immer größere Bedeutung“, hieß es damals.

Die Einführung des Euro hat diesen Konflikt verschärft. Früher konnten die Regierungen die Wettbewerbsfähigkeit steigern, indem sie ihre nationale Währung abwerteten. Da dieses Mittel in einer Währungsunion entfällt, kann die Position einer nationalen Wirtschaft am einfachsten durch Steuersenkungen für Unternehmen verbessert werden.

Experten schlugen damals vor, die Körperschaftsteuer nach unten und oben zu begrenzen. „Was ist denn das für ein Sozialismus?“, fluchte der damalige deutsche FDP-Wirtschaftsminister Günter Rexrodt am Rande einer EU-Ratstagung.

Die Politiker haben gewechselt, die Argumente sind dieselben geblieben. „Es darf keine Untergrenze, aber auch keine Obergrenze geben“, sagt Luxemburgs Finanzminister Luc Frieden. „Jedes Land muss selbst festlegen, wie viel Steuern ein Unternehmen zahlt. Ein gewisser Steuerwettbewerb ist notwendig.“

„Von einer Harmonisierung auf hohem Niveau halte ich nichts“, sagt Österreichs Finanzministerin Maria Fekter. „Ich bekenne mich zum Steuerwettbewerb. Es ist im nationalen Interesse, das Steuersystem so zu gestalten, dass man den Standort begünstigt.“

So dreht sich das Steuerkarussell also munter weiter. Selbst ein Krisenland wie Portugal, das Hilfskredite in Höhe von 78 Milliarden Euro zurückzahlen muss, erlaubt sich eine Senkung der Unternehmensteuer. Der britische Schatzminister George Osborne kündigte vor wenigen Wochen an, die Körperschaftsteuer auf 20 Prozent abzusenken, es wäre der niedrigste Satz aller G-20-Staaten.

Der aggressiven Finanzoptimierung von Unternehmen und Superreichen wollen die Briten mit internationalen Abkommen beikommen. Sie haben das Thema auf die Tagesordnung des G-8-Gipfels Mitte Juni gesetzt, zu dem auch US-Präsident Barack Obama erwartet wird.

Ein internationaler Datenaustausch soll aggressive Steueroptimierer stoppen.

Briten und Amerikaner setzen auf einen automatischen Datenaustausch zwischen den Finanzbehörden. Nach massivem Druck hat die Schweiz das den Amerikanern bereits zugestanden. Die Briten haben Steuerparadiese in der Karibik wie die Caymans oder die British Virgin Islands zum Mitmachen bewegt.

Und auch in der EU gewinnt die Idee eines großen Datentauschs immer mehr Freunde. 17 EU-Länder, neben Deutschland beispielsweise auch Belgien und die Niederlande, haben am Dienstag ihren Willen bekundet, künftig alle steuerlich relevanten Daten zu Privatpersonen und Firmen auszutauschen.

So wird es am Ende wohl mehr Transparenz geben, nichts aber deutet darauf hin, dass der aggressive Steuerwettbewerb unter den Mitgliedsländern aufhören wird. Im Entwurf der Schlussfolgerungen für den EU-Gipfel heißt es zwar vielversprechend, die Arbeitsgruppe „Verhaltenskodex“ werde aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten. Das tut sie allerdings bereits seit längerem, genauer gesagt seit mehr als 15 Jahren.

Christoph Pauly, Christoph Schult

Animation:
Das System Steueroase
spiegel.de/app212013steueroasen
oder in der App DER SPIEGEL